

SITZUNG

Sitzungstag:

26.10.2011

Sitzungsort:

Kusel

Namen der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

Niederschriftsführer

KVOR Manfred Drumm	
--------------------	--

SPD

Rudi Agne	
Matthias Bachmann	
Detlef Bojak	
Frieder Haag	
Jürgen Kreisler	
Dr. Oliver Kusch	
Ute Lauer	
Siegmar Leixner	
Klaus Müller	
Erwin Reiber	
Andrea Schneider	
Anni Schummel	
Friedrich Wunn	

CDU

Xaver Jung	
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Karl Marchetti	
Jochen Mayer	TOP 10 entschuldigt
Dr. Leo Reiser	
Dr. Stefan Spitzer	
Josef Weis	

FWG

Hans Harth	
Ernst Molter	
Siegbert Theiß	
Helmut Weyrich	

Bündnis 90/ Die Grünen

Patricia Altherr	
Andreas Hartenfels	
Dr. Wolfgang Frey	

FDP

Katharina Büdel	
Peter Matzenbacher	

Wählergruppe Jung Egbert

Heinrich Steinhauer	
---------------------	--

Die Linke

Robert Drumm	
Martin Trapp	

Kreisbeigeordnete

1. Kreisbeigeordneter Volker Schlegel	
2. Kreisbeigeordneter Otto Rubly	
3. Kreisbeigeordneter Gerhard Kirch	

Verwaltung

Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
KVD Susanne Lenhard	
BD Gerhard Mildau	
KVD Ulrike Nagel	
RD Horst-Dieter Schwarz	
KAM Marc Wolf	

Abwesend:**SPD**

Karl-Heinz Becker	entschuldigt
Jürgen Conrad	entschuldigt

CDU

Toni Guhmann	entschuldigt
--------------	--------------

Wählergruppe Jung Egbert

Egbert Jung	entschuldigt
-------------	--------------

Tagesordnung

**der öffentlichen Sitzung des Kreistags am Mittwoch, dem 26.10.2011,
um 16:00 Uhr, im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG),
Gartenstraße 4, in Kusel**

1. Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes
2. Schließung des Bundeswehrstandortes Kusel;
Konversionsförderprogramm zur Verwertung der Liegenschaften und zum Ausgleich
der strukturellen Nachteile für die Region
3. Einwohnerfragestunde
4. Nachwahl von Ausschussmitgliedern;
 - a) Mitglied des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses
 - b) Mitglied im Aufsichtsrat der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH
 - c) Stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses
 - d) Stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses
 - e) Stellvertretendes Mitglied des Schulträgerausschusses
 - f) Stellvertretendes Mitglied des Wirtschaftsbeirats
5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
6. Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen
im Landkreis Kusel (Abfallsatzung)
7. Weiterführung des Kreisprojekts Demographie
8. Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)
9. Erhöhung des Eigenanteils an den Schülerbeförderungskosten
10. Entscheidung über die Organisationsform des Jobcenters Landkreis Kusel
11. Information über Änderung der Dezernatsverteilung
12. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO
13. Anfragen von Fraktionen des Kreistages
14. Informationen

Der Vorsitzende eröffnete gegen 16.00 Uhr die 3. Kreistagssitzung in diesem Jahr, die 10. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 236. Kreistagssitzung nach dem Kriege.

Nach einleitenden Begrüßungsworten stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende darauf hin, dass anlässlich der heutigen Nachricht, dass der Bundeswehrstandort Kusel geschlossen werden soll, alle Kreistags-

fraktionen auf seine Initiative hin einen gemeinsamen Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung wegen Dringlichkeit gestellt haben. Die Tagesordnung soll daher um den Tagesordnungspunkt

*2. Schließung des Bundeswehrstandortes Kusel;
Konversionsförderprogramm zur Verwertung der Liegenschaften und zum Ausgleich der strukturellen Nachteile für die Region*

erweitert werden.

Anschließend begründete der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Herr Klaus Müller, den Antrag. Vor dem Hintergrund der heutigen Nachricht, dass der Bundeswehrstandort Kusel geschlossen werden soll, wäre es geradezu fatal, wenn der Kreistag in seiner heutigen Sitzung nicht darauf reagieren würde. Deshalb habe er in Absprache mit allen Kreistagsfraktionen die vorliegende Resolution formuliert und wegen Dringlichkeit den Erweiterungsantrag eingereicht. Die Schließung des Standortes bringe erhebliche Nachteile für die Region mit sich, welche sich u.a. beim Kaufkraftverlust, Verlust von Arbeitsplätzen usw. zeigen. Gleichzeitig stehe damit eine riesige Fläche zur Verfügung, die einer zivilen Nutzung zugeführt werden müsse. Gleichwohl wäre es jedoch wenig glaubhaft, eine Resolution an die Bundesregierung zu richten, die Entscheidung, den Standort zu schließen, nochmals rückgängig zu machen. Deshalb wolle man, um die Folgen der Standortschließung abzumildern, mit dem Resolutionsentwurf die Bundesregierung auffordern, dass ein Konversionsförderprogramm aufgelegt wird. Er richtete deshalb an alle Kreistagsmitglieder die Bitte, die Resolution, wie vorgelegt, zu verabschieden.

Herr Peter Matzenbacher nahm für die FDP-Fraktion kurz Stellung. Seine Fraktion unterstütze die Resolution und kritisierte die Entscheidung, den Bundeswehrstandort Kusel zu schließen, zumal dort derzeit noch Baumaßnahmen zu beobachten seien.

Für die CDU-Kreistagsfraktion sprach der 2. Kreisbeigeordnete, Herr Otto Rubly. Es sei auch ein Anliegen der CDU-Fraktion, noch in der heutigen Sitzung eine Resolution zu verabschieden. Zwar könne man die Entscheidung nicht mehr umkehren, jedoch benötige man selbstverständlich finanzielle Unterstützung. Man müsse sich nunmehr um eine alternative Nutzung des Geländes umsehen und er bat deshalb, die Resolution dahingehend zu ergänzen, dass auch die zeitlichen Vorgaben schnellstmöglich vorgelegt werden. Außerdem wies er darauf hin, dass er in einem Brief an den Verteidigungsminister darum gebeten habe, dass die Mitglieder des Kreistags alsbald das Gelände besichtigen dürfen, damit man die Planungen für eine Umnutzung vorbereiten könne.

Anschließend nahm Herr Helmut Weyrich für die FWG-Fraktion zu dem Antrag Stellung und kündigte an, dass auch seine Fraktion die Resolution ausdrücklich unterstütze.

Für die Fraktion „Die Linke“, nahm Herr Robert Drumm Stellung. Grundsätzlich vertrete seine Fraktion zwar eine andere Einstellung zur Bundeswehr, aber hier gehe es nicht um die Bundeswehr selbst, sondern um die Stadt und den Landkreis Kusel. Auch im Hinblick darauf, dass der Landkreis viel Geld dafür in die Hand genommen habe, um dem Thema „Demographie“ zu begegnen, werde man die Resolution unterstützen. Da von der Schließung auch viele ältere Beschäftigte betroffen seien, befürchte er, dass einige in der Folge nach dem Sozialgesetzbuch II zu behandeln seien. Aus diesem Grund stimme die Kreistagsfraktion „Die Linke“ dem Resolutionsentwurf zu, mit dem von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Zusatz, dass man schnellstmöglich eine zeitliche Perspektive aufgezeigt bekomme.

Herr Andreas Hartenfels dankte im Namen der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ Herrn Klaus Müller, dass er kurzfristig eine Resolution formuliert habe und signalisierte die volle Unterstützung seiner Fraktion für die Resolution.

Nachdem bereits alle Kreistagsfraktionen auch auf den sachlichen Inhalt des Antrages ein-

gegangen waren, nahm auch der Vorsitzende kurz zu der Angelegenheit Stellung. Man habe bereits in der Vergangenheit mit Sorge beobachtet, dass die Investitionen an dem Standort geringer ausgefallen seien. Er bedauere die Entscheidung, die ihm heute Morgen mitgeteilt wurde, zumal Kusel immer gerne Garnisonsstadt gewesen sei. Er beabsichtige, einen Arbeitsstab zu bilden, um alle Daten und Fakten zusammenzutragen und die Planung einer zivilen Nutzung zu erarbeiten. Außerdem könne man die Umnutzung des Areals eventuell in das Modellvorhaben „LandZukunft“, für das der Landkreis Kusel als Bewerberregion vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ausgewählt wurde, einbringen. Zudem möchte er bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die Forderung aufstellen, dass die bundeseigene Privatstraße, die den Standort Kusel mit dem Truppenübungsplatz Baumholder verbinde, schnellstmöglich für den öffentlichen Verkehr freigegeben werde, um auf diesem Wege endlich eine schnelle Verbindung zwischen Kusel und Baumholder zu erhalten.

Anschließend bat der Vorsitzende, zunächst über die Erweiterung der Tagesordnung abzustimmen. Die Mitglieder des Kreistags stimmten der Ergänzung einstimmig zu.

Weitere Anträge zur Tagesordnung wurden keine gestellt. Sodann wurde mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 1	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes

Herr Dirk Just (Bündnis 90/Die Grünen) hat sein Kreistagsmandat aus beruflichen und privaten Gründen niedergelegt.

Entsprechend dem Ergebnis der Kommunalwahl benachrichtigte der Wahlleiter Herrn

Dr. Wolfgang Frey
Hauptstr. 14,
66907 Rehweiler

als Ersatzperson (§ 45 KWG).

Herr Wolfgang Frey erklärte sich bereit, das Kreistagsmandat anzunehmen und wurde daraufhin vom Wahlleiter als Ersatzperson berufen.

Wolfgang Frey wurde vor seinem Amtsantritt vom Vorsitzenden gemäß § 23 Abs. 2 LKO auf gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten als Kreistagsmitglied durch Handschlag verpflichtet.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 2	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		35	0	0

***Schließung des Bundeswehrstandortes Kusel;
Konversionsförderprogramm zur Verwertung der Liegenschaften und zum Ausgleich der strukturellen Nachteile für die Region***

Da bereits alle Kreistagsfraktionen bei der Begründung des gemeinsamen Antrags vor Eintritt in die Tagesordnung auch inhaltlich zu dem Tagesordnungspunkt ausführlich Stellung genommen hatten, wurde unmittelbar über den Resolutionsentwurf, unter Berücksichtigung, dass der Entwurf noch um die Forderung ergänzt wird, dass auch die zeitlichen Vorgaben schnellstmöglich vorgelegt werden, abgestimmt.

Der Kreistag verabschiedet die Resolution des Kreistages Kusel zur Schließung des Bundeswehrstandortes Kusel.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag eine Anfrage von Frau Sarah Bösshar, Geschäftsführerin der Musikschule plus, und Herrn Klaus-Peter Bösshar, Gesellschafter der Musikschule plus, sowie Anfragen weiterer Einwohner des Landkreises, welche inhaltlich der Anfrage und der Zusatzfrage 1 entsprachen, vor.

In seiner Stellungnahme stellte der Vorsitzende vorweg, dass hinsichtlich des Schreibens vom 20.04.2011 wohl ein Missverständnis vorliege. Es erfolgte keine Zusage, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen, sondern dass man vielmehr überlege, an einer solchen Veranstaltung überhaupt teilzunehmen. Zu der Frage, mit welchen Argumenten der Kreistag die Schüler der gemeinnützigen Musikschule plus bei der Verteilung der Mittel zur Förderung der musikalischen Bildung ausschließe, erklärte er, dass der Landkreis keine Mittel verteile. Er zahle lediglich das Gehalt des Leiters der Musikschule Kuseler Musikantenland und die Hälfte des Gehalts der Stellvertreterin sowie die Verwaltungskosten. Der übrige Bedarf werde durch die Landesförderung, die Musikschulgebühren, die Beiträge der Mitglieder und einer Spende der Kreissparkasse Kusel finanziert. Außerdem fördern bundesweit alle Landkreise nur ihre eigenen Musikschulen. Man stehe aber zu der Zusage, dass man der Musikschule plus, wie auch den übrigen Musikschulen im Landkreis, Räumlichkeiten des Landkreises Kusel kostenfrei zur Verfügung stelle, was im Einzelfall auch schon in Anspruch genommen worden sei.

Weiterhin erklärte der Vorsitzende, dass der Landkreis auch einen Bildungsauftrag und die Musikschule Kuseler Musikantenland wesentlich mehr Aufgaben als den Musikschulunterricht habe. In diesem Zusammenhang hob er hervor, dass viele Ensembles ohne die Kreismusikschule nicht denkbar seien. Nachfolgend sprach er, mit Blick auf die heutige Beratung der Konsolidierungsmaßnahmen zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds die Auswirkungen an, welche die Förderung privater Musikschulen nach sich ziehen würde. Das Ansinnen der Musikschule plus verunsichere auch das Lehrerkollegium der Musikschule Kuseler Musikantenland, welche um die Existenz fürchten. Eine entsprechende Stellungnahme des Betriebsrats der Musikschule sei den Mitgliedern des Kreistags ausgeteilt. Auch vor diesem Hintergrund müsse der Kreistag nunmehr endgültig deutlich machen, dass private Musikschulen keine finanzielle Förderung erhalten können.

Anschließend erklärte Herr Klaus Müller als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, dass er von seinem Recht, zu der Antwort kurz Stellung nehmen zu können, Gebrauch machen wolle. Es sei eine öffentliche Aufgabe des Landkreises, die musikalische Ausbildung der Jugendlichen im Landkreis sicherzustellen und hierfür die Grundausstattung zu gewährleisten. Wenn hierzu noch weitere private Angebote kommen, sei dies zwar erfreulich, müsse jedoch nicht von der öffentlichen Hand gefördert werden. Da die Angebote auch nicht vergleichbar seien, sei auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung keine Förderung geboten. Außerdem gebe es neben der Musikschule plus noch weitere private Musikschulen und man würde die Kreismusikschule in Frage stellen, wenn man die verfügbaren Mittel für die Förderung dieser Einrichtungen verwenden würde. Dies könne sich der Landkreis Kusel, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass man sich als Musikantenland verstehe, nicht leisten. Er richtete deshalb an alle Kreistagsfraktionen die Bitte, bei dieser Grundhaltung zu bleiben

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39				
		davon anwesend: 35				
TOP: 4	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dafür</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dagegen</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">35</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	35
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
35	0	0				

Nachwahl von Ausschussmitgliedern;

- a) **Mitglied des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses**
- b) **Mitglied im Aufsichtsrat der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH**
- c) **Stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses**
- d) **Stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses**
- e) **Stellvertretendes Mitglied des Schulträgerausschusses**
- f) **Stellvertretendes Mitglied des Wirtschaftsbeirats**

Nachdem Herr Dirk Just mit Schreiben vom 01.07.2011 sein Kreistagsmandat niedergelegt hat, scheidet er zugleich auch aus den Ausschüssen aus, in die er als Kreistagsmitglied gewählt wurde (VV Nr. 5 zu § 39 LKO). Weiterhin hat Herr Just seinen Rücktritt auch für andere Gremien erklärt, deren Mitglieder vom Kreistag zu wählen sind. Nunmehr sind Ersatzpersonen für die entsprechenden Gremien zu wählen.

a) Mitglied des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses

Nach § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises bildet der Kreistag einen Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss. Dieser besteht gemäß § 4 Abs. 3 der Hauptsatzung des Landkreises aus 10 gewählten Mitgliedern. Die Mitglieder und die Stellvertreter werden aus der Mitte des Kreistages gewählt.

Die Grundsätze für die Wahl der Ersatzpersonen in Ausschüssen sind in § 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag geregelt. Das stellvertretende Mitglied wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch Mehrheitswahl gewählt. Als Ersatzperson hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Dr. Wolfgang Frey vorgeschlagen.

b) Mitglied des Aufsichtsrats der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH - meditheraneum -

Nach § 9 Abs.1 c) des Gesellschaftsvertrages der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH - meditheraneum - sind vom Kreistag des Landkreises Kusel 8 Mitglieder in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu entsenden und für jedes der entsandten Aufsichtsratsmitglieder ein Stellvertreter zu bestimmen.

Die Dauer der Mitgliedschaft der Vertreter bestimmt sich nach der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen.

Nach § 57 LKO i.V.m. § 88 Abs. 1 GemO gelten für die Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder die Vorschriften über die Mitgliedschaft in Ausschüssen (§ 39 LKO) entsprechend.

Die Ersatzperson wird auf Vorschlag der Fraktion, von der das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen war, durch Mehrheitswahl gewählt. Da Dirk Just auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurde, steht dieser Fraktion auch das Vorschlagsrecht für die Nachfolgewahlen zu. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt Herrn Dr. Wolfgang

Frey als Mitglied des Aufsichtsrates der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH – meditheraneum - vor.

c) Stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses

Nach § 38 LKO bildet der Kreistag aus seiner Mitte einen Kreisausschuss. In § 4 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises wird bestimmt, dass der Kreisausschuss 10 Mitglieder hat. Eine gleiche Anzahl stellvertretender Mitglieder ist zu wählen.

Die Grundsätze für die Wahl der Ersatzpersonen in Ausschüssen sind in § 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag festgelegt. Danach werden Ersatzleute auf Vorschlag der Fraktion, von der das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen war, durch Mehrheitswahl gewählt. Da Dirk Just auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurde, steht dieser Fraktion auch das Vorschlagsrecht für die Nachfolgewählten zu. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt Herrn Dr. Wolfgang Frey als stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses vor.

d) Stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses

Nach § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises bildet der Kreistag einen Rechnungsprüfungsausschuss. Dieser besteht gemäß § 4 Abs. 3 der Hauptsatzung des Landkreises aus 9 Mitgliedern. Die Mitglieder und die Stellvertreter sind aus der Mitte des Kreistages zu wählen.

Die Grundsätze für die Wahl der Ersatzpersonen in Ausschüssen sind in § 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag festgelegt. Danach werden Ersatzleute auf Vorschlag der Fraktion, von der das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen war, durch Mehrheitswahl gewählt. Da Herr Dirk Just auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurde, steht dieser Fraktion auch das Vorschlagsrecht für die Nachfolgewählten zu. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt Herrn Dr. Wolfgang Frey als stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses vor.

e) Stellvertretendes Mitglied des Schulträgerausschusses

Die Schulträger haben nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung zur Beratung bei den ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben einen Ausschuss (Schulträgerausschuss) zu bilden (§ 90 SchulG). Dem Schulträgerausschuss des Landkreises Kusel gehören insgesamt 12 Lehrer- und Elternvertreter bzw. Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie 12 Mitglieder des Kreistages an. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Ersatzperson wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Kreistag nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt (§ 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung). Auch für diese Wahl hat die Fraktion Herrn Dr. Wolfgang Frey vorgeschlagen.

f) Stellvertretendes Mitglied des Wirtschaftsbeirats

Dem Wirtschaftsbeirat gehören neben dem Landrat, der zugleich Vorsitzender des Beirates ist, den Vertretern weiterer Institutionen und weiteren durch den Kreistag zu berufenden Einzelpersonlichkeiten, fünf Mitglieder des Kreistages an, die nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren zu wählen sind.

Die Ersatzperson wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Kreistag nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt (§ 39 LKO bzw. § 28 Abs. 7 der Geschäftsordnung). Die Fraktion hat Herrn Dr. Wolfgang Frey als stellvertretendes Mitglied des Wirtschaftsbeirats vorgeschlagen.

Der Vorsitzende beantragte, die Wahlen nicht geheim, sondern per Akklamation sowie für alle Gremien gemeinsam durchzuführen. Der Kreistag stimmte dem Antrag des Vorsitzenden einstimmig zu.

Beschluss:

Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 5	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Den Mitgliedern des Kreistags lag der Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Kusel vor.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Bettina Hafner, leider krankheitsbedingt nicht in der heutigen Sitzung mündlich über ihre Arbeit berichten könne. Er schlug statt einer Berichterstattung in der nächsten Kreistagssitzung vor, dass sich die Kreistagsmitglieder nach Studium des Berichts, sofern sie Fragen haben, unmittelbar an Frau Hafner wenden.

Die Mitglieder des Kreistages hatten gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise des Vorsitzenden keine Einwände.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39 davon anwesend: 35				
TOP: 6	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%;">Dafür</td> <td style="width: 33%;">Dagegen</td> <td style="width: 33%;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">35</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	35
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
35	0	0				

Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Kusel (Abfallsatzung)

Die Sperrmüllabfuhr (Altmetall, Altholz und Restsperrmüll) im Landkreis Kusel findet derzeit zweimal jährlich in Form einer Straßensammlung nach einem festgelegten Abfahrplan statt.

Aufgrund der steigenden Zahl der Beschwerden von Bürgern und Bürgermeistern soll die Sammlung ab Januar 2012 auf eine „Abfuhr auf Abruf“ umgestellt werden.

Bei diesem System ist der Bürger nicht mehr an feste Abfahrzeiten gebunden, sondern kann –nach seinen individuellen Bedürfnissen- bis zu zweimal im Jahr die Abholung seines Sperrmülls bei der Kreisverwaltung telefonisch oder schriftlich anmelden. Die Abholung erfolgt dann innerhalb von 4 Wochen nach Anmeldeeingang. Mit der Änderung des Abfuhrsystems ist auch die Abfallsatzung entsprechend anzupassen.

Dabei soll gleichzeitig die bisherige Mengenbegrenzung pro Abfuhr und Haushalt von derzeit 1 m³ auf 2 m³ erhöht werden.

Die Mehrkosten für die Änderung der „Abfuhr auf Abruf“ betragen bei unveränderter Sperrmüllmenge rund 108.000 € pro Jahr. Hierin sind die Sammlungsmehrkosten sowie die Mehraufwendungen der Verwaltung für die Abwicklung (Personal und Sachkosten für die Annahme, Beratung, Terminfestlegung, EDV-Erweiterung etc.) enthalten.

Erfahrungswerte des Unternehmens Remondis und benachbarter Landkreise zeigen, dass bei der Umstellung des Sammelsystems mit einem Rückgang der Sammelmengen zwischen 10% bis 25 % gerechnet werden kann. Ein Mengenrückgang wirkt sich dabei nicht nur auf die eigentlichen Sammlungskosten, sondern auch auf die Vergütungen bzw. Kosten für die Verwertung und Entsorgung der einzelnen Sperrmüllfraktionen aus.

Bei einem prognostizierten Mengenrückgang von 15 % würde sich die Nettomehrbelastung auf insgesamt 67.000 € pro Jahr belaufen.

Der Entwurf der Satzung zur Änderung der Abfallsatzung sowie eine Gegenüberstellung der alten zur neuen Fassung lagen der Beschlussvorlage bei.

Ergänzend zu der Beschlussvorlage erläuterte der Vorsitzende nochmals die Gründe, die zu der geplanten Neukonzeption der Sperrmüllabfuhr geführt haben. Weiterhin wies er darauf hin, dass für die Vereinbarung der Abfahrtermine im Bürgerbüro der Kreisverwaltung eine weitere Stelle geschaffen und außerdem die Mengenbegrenzung pro Abfuhr und Haushalt auf 2 m³ erhöht werden soll. Eine Erhöhung der Müllgebühren sei nicht vorgesehen und man gehe davon aus, dass sich die Mehrkosten noch reduzieren, da durchaus ein Rückgang der Sperrmüllmenge zu erwarten sei. Da Frau Katharina Büdel im Vorfeld bereits den Einwand gebracht habe, dass durch die Umstellung auch viele Dinge weggeworfen werden, die bei einer Straßensammlung nochmals einer weiteren Verwendung zugeführt worden wären, wolle man auf der Internetseite des Landkreises einen Verschenkmart einrichten, auf dem die Bürger kostenlos Dinge anbieten und somit einen Beitrag zur Abfallvermeidung leisten können.

Herr Xaver Jung erklärte für die CDU-Fraktion, dass die geplante Umstellung sehr zu begrüßen sei, insbesondere da in der Vergangenheit in den Ortsgemeinden an Abfahrttagen oft-

mals kein geordneter Straßenverkehr mehr möglich war. Umgelegt auf die Bürger bedeute die Umstellung einen Betrag von ca. 1,50 Euro pro Bürger und dafür dürfe man künftig einen Kubikmeter mehr Sperrmüll zur Abholung bereitstellen. Zudem bekomme man den Müll zeitnah abgeholt und müsse ihn nicht bis zum nächsten Termin zwischen lagern, was ebenfalls einen großen Vorteil darstelle.

Frau Katharina Büdel (FDP) bedankte sich, dass man auf ihr Ansinnen hin einen Verschlenkmarkt einrichten wolle und erklärte, dass sie inzwischen einsehe, dass die Ärgernisse bei der Straßensammlung überwiegen. Deshalb stimme sie der Änderung der Sperrmüllsammlung nunmehr zu.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Änderung der Abfallsatzung in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 7	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 33	Dagegen 2	Enthaltung 0

Weiterführung des Kreisprojekts Demographie

Nachdem der Landkreis Kusel, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen, eine Demographiekonzeption in Auftrag gegeben wurde, soll auf Basis dieser Studie die Arbeit fortgesetzt werden.

Im Rahmen der Studie wurden neben der Erfassung der demographischen Grundstruktur und dem Benennen von Handlungsfeldern, welche sich aufgrund der übergemeindlichen Strukturen im Landkreis Kusel ableiten lassen, auch Untersuchungen in ausgewählten Gemeinden des Landkreises durchgeführt. In allen Modellgemeinden wurden, angelehnt an erprobte Methoden der Dorferneuerung, bestimmte Arbeitsfelder definiert, in denen dann verschiedene Schwerpunkte diskutiert und schließlich Handlungsfelder festgelegt wurden. Die Bearbeitung in den acht Modellgemeinden im Norden des Landkreises (Grumbach, Herren-Sulzbach, Homberg, Hoppstädten, Kappeln, Langweiler, Merzweiler, Unterjeckenbach) erfolgte unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Zusammenarbeit. Diese Modellregion wurde inzwischen um die Ortsgemeinden Buborn, Deimberg, Hausweiler und Kirrweiler erweitert, welche die historischen Abmessungen der alten Kirchgemeinde Grumbach und Herren-Sulzbach darstellt. Um die interkommunalen Kooperationsbereiche und gemeinsamen Ziele weiter zu verfolgen, welche auf Dauer nicht von einer Ortsgemeinde alleine bewältigt werden können, soll ein Modellvorhaben „Regionalmanagement „Die 12““ initiiert werden, welches die partizipatorische Entwicklung und Umsetzung interkommunaler Entwicklungsleitbilder unter der besonderen Berücksichtigung des demographischen Wandels zum Ziel hat.

Das Projekt soll dabei über einen Zeitraum von zwei Jahren durch eine zielgerichtete Moderation vom Lehrstuhl für Siedlungsgestaltung und ländliche Bauwerke (LB) der Universität Rostock unter Projektleitung von Herrn Prof. Dr.-Ing. Henning Bombeck begleitet werden, welche bereits das Coaching des bisherigen Prozesses übernommen hatte. Gleichwohl hat sich auch die Arbeit in den Arbeitskreisen der Modellgemeinde Bedesbach gut entwickelt und soll daher weiter begleitet werden. Die dritte Modellgemeinde Krottelbach nimmt die Erkenntnisse der Studie in ihre Dorfentwicklung auf. Außerdem soll auch der Dialog mit den Planern des Landkreises Kusel zum Thema „demographischer Wandel“ fortgesetzt werden. Mit dem Modellvorhaben soll das Betreuungsprojekt mit der Universität Rostock zum Abschluss gebracht werden.

Folgende Kooperationsziele und Projekte wurden seitens der Nordgemeinden vorab formuliert, die im noch folgenden Abstimmungs- und Diskussionsprozess genauer definiert und den Rahmen kommender Initiativen und Arbeitsfelder bieten:

- **Soziale Aktivitäten/Soziale Projekte**
(z.B. Stärkung und Stimulation sozialen Engagements im Verbund der Gemeinden, Flexibilisierung und „Verjüngung“ des Vereinsangebotes ((neue Zielgruppe 60+), Optimierung von Vereinsführungen und –organisation durch Weiterbildung und regionale Zusammenschlüsse)

- **Entwicklung einer lokalen Identität/ Sport und Freizeitgestaltung**
(z.B. „Spiel ohne Grenzen – Spielen mit Jung und Alt“ – Organisation eines Freizeit- und Kennenlernprogramms rotierend durch die Gemeinden, kulinarische Wanderungen durch die Gemeinden, Sammeln historischer Rezepte in einem regionalen Kochbuch, Gala Dinner der Region/ rotierende Festveranstaltungen in den Dörfern (in Anlehnung an die kulinarische Landstraße Kulturfestivals mit Künstlern der Region, Freilichttheater „Die rollende Bühne“, Kooperation bestehender Spielgruppen, Konzeption gemeinsamer Theaterprogramme, Gründung gemeinsamer Vereine: Erhaltung des Brauchtums und des dörflichen Lebens, Organisation eines gemeindeübergreifenden Aktionstages „Kunst im Leerstand“, Organisation und Durchführung gemeinsamer Feste (Kerwetradition) in den Dörfern, die diese nicht alleine aufrecht erhalten konnten)
- **Miteinander der Generationen**
(z.B. Optimierung und ggf. Ergänzung des Angebotes mobiler Versorgungsdienste; Adaptierung des Angebotes an die Bedürfnisse einer älter werdenden Kundschaft; Kommunikation zusätzlicher Serviceleistungen (z.B.Lieferservice)
- **Entwicklung eines abgestimmten Angebotes für Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren** (z.B. Organisation und Bereitstellen von Mobilitätssystemen für die Jugend, Organisation und Durchführung von Angeboten von Hausaufgaben und Hortbetreuung in alten Schulgebäuden/ Dorfgemeinschaftshäusern (z.B. in Grumbach/ Hoppstädten))
- **kommunalpolitische Kooperationsabsichten, -erwartungen und –ziele**
(z.B. Entwicklung von Strategien mit dem Ziel, eine gemeindeübergreifende Dorfentwicklung/ Dorferneuerung zu etablieren, Energiewende „Die Zwölf“: Anschieben eines Umdenkprozesses - Kommunen als Motoren und Betreiber alternativer, dezentraler Energiegewinnungssystem. Gemeinsame Standortfindung und Initialisierung von z.B. Wind- oder Biomasseenergiegewinnung in einem Win-Win Modell aller beteiligten Gemeinden, Entwicklung einer Strategie zur Ansiedlung von Betrieben und Unternehmen. Gemeinsames Ermitteln vorhandener Stärken und Schwächen in der Wirtschaftskraft der Region und Definition gemeinsamer Entwicklungsziele unter besonderer Ausnutzung endogener Potentiale)
- **Konkrete Projektziele bis dato**
(z.B. Wege als „verbindendes Element; Reaktivierung bestehender Kirchwegtrassen: Recherche, Herrichtung, ggf. Sanierung , Ausschilderung, Ausstattung und Aufbereitung eines touristisch nutzbaren Themenweges, Entwicklung weiterer Themenwege im Gebiet der Gemeinden; z.B. BaukulTour (Thema Siedlungs- und Gebäudestrukturen), Milchstraße (Thema Landwirtschaft und Kulturlandschaft), Walk of Fame (Themenweg Kultur und Kunst, Landart), Krötenwanderung (Themenweg Biotope und Naturschutz), Römerstraße (Historienweg), Sammlung, Aufarbeitung und Darreichung des regionalen Angebotes an Gebäudeleerständen in bestehenden oder noch zu entwickelnden Strukturen wie Gebäudebörsen und sonstigen Vermarktungsmedien, Entwicklung einer gemeinsamen Strategie in der Beseitigung abbruchreifer Häuser; Altmaterialbörse, Recyclingstation, Entsorgung)

Die im Rahmen des durchzuführenden Regionalmanagement gesammelten Erfahrungen fließen anschließend in Methoden- und Strategieempfehlungen ein, die andere Gemeinden im Kreisgebiet auf ihrem Weg zu freiwilliger interkommunaler Kooperation unterstützen. Mit einer erfolgreichen kleinräumigen Regionalentwicklung liefert der Kreis „Der 12“ Beispiel und Anreiz, auch an anderer Stelle Kooperation nicht nur auf administrativer Ebene zu intensivieren.

Für das Modellvorhaben ist ein Kostenrahmen in Höhe von rd. 118.000,- Euro vorgesehen. Die betroffenen Ortsgemeinden erbringen einen Gesamtanteil in Höhe von 10.000,- Euro. Im

Rahmen des Leader-Förderprogramms wurde eine Förderung in Höhe von 55 % der Gesamtkosten (ohne Mehrwertsteuer) in Aussicht gestellt. Die erforderlichen Haushaltsmittel sollen im Rahmen des Kreishaushaltes 2012 und 2013 jeweils hälftig zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende schilderte ergänzend zur Beschlussvorlage zunächst die Ausgangslage, die zur Auswahl der Modellgemeinden für die Demographiekonzeption geführt und welche Entwicklung die Arbeit in den Gemeinden genommen hatte. Die nunmehr zwölf Nordgemeinden seien nach Abschluss der Entwicklungsstudie an den Landkreis herangetreten und haben um Unterstützung für das Projekt gebeten. Anschließend ging er noch auf die finanzielle Auswirkungen ein.

Herr Xaver Jung (CDU) erklärte, dass es seiner Fraktion noch leichter gefallen wäre, der Angelegenheit zuzustimmen, wenn die heute ausgeteilte Studie den Mitgliedern bereits im Vorfeld vorgelegen hätte. Nachdem man mit der Studie begonnen habe, solle man das Projekt nun aber auch zu einem sinnvollen Ende bringen und dann, nicht zuletzt wegen der finanziellen Belastung, abschließen.

Herr Peter Matzenbacher erklärte, dass die FDP-Fraktion die Fortführung des Projekts begrüße, wenngleich man überlegen müsse, ob nicht die Universität Kaiserslautern oder ein heimatischer Planer hinzugezogen werden solle.

Herr Andreas Hartenfels sprach für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und schickte seinen Worten vorweg, dass man froh sei, dass die Konzeption weitergeführt und die Erkenntnisse vertieft werden sollen. Er sehe die demographische Entwicklung jedoch als Dauerthema und man müsse sich vielmehr über die Form unterhalten, wie man sich dem Thema annehme. Auch mache es Sinn, dass man die interkommunale Zusammenarbeit heraushebe und stelle ausdrücklich klar, dass seiner Fraktion die inhaltliche Ausrichtung des Vorhabens gut gefalle. Gleichwohl beantrage seine Fraktion, die Beschlussfassung über die Angelegenheit zu vertagen, da erst heute die Studie in schriftlicher Form vorliege. Auch mahnte er wegen des interkommunalen Ansatzes und der Auftragssumme an, dass man bei der Fortführung des Projektes die Universität Kaiserslautern bzw. die Planer vor Ort mit einbeziehen solle. Außerdem hätte er sich gewünscht, dass auch das Begleitgremium Demographiekonzeption auf das Vorhaben hätte Einfluss nehmen können.

Der Vorsitzende erklärte, dass eine Fortführung der Arbeit auf der Ebene der Gemeinde über das Modellvorhaben hinaus finanziell nicht leistbar und auch die Einbindung weiterer Akteure nicht machbar sei. Bei einer Vertagung müssten die betroffenen Ortsgemeinden außerdem warten, bis sie den angestoßenen Prozess fortführen könnten.

Herr Klaus Müller (SPD) wies darauf hin, dass die demographische Entwicklung ein ernsthaftes Problem für die Region darstelle und man versuchen müsse, diese zu beeinflussen. Zu einem positiven Ergebnis komme man jedoch nur, wenn in den Dörfern selbst entsprechende Initiativen entstehen und fortgeführt werden. Generell müsse man das Vorhaben zwar weiterführen, aber die Zusammenarbeit mit der Universität Rostock mit diesem Auftrag dann zu Ende gebracht werden. Hinsichtlich des Einwands von Herrn Hartenfels, die Beschlussfassung in die nächste Sitzung zu vertagen, schlug er vor, nach Studium des Berichts dann im Dezember über die Angelegenheit zu beschließen.

Anschließend wurde über den Verfahrensantrag von Herrn Andreas Hartenfels, die Beschlussfassung über die Angelegenheit auf die nächste Kreistagssitzung zu vertagen, abgestimmt.

Beschluss: (Abstimmungsergebnis: 33 Dafür, 2 Dagegen, 0 Enthaltungen)

Der Kreistag beschließt, die Entscheidung über die Weiterführung des Kreisprojekts zurückzustellen.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl:	39	
		davon anwesend:	35	
TOP: 8	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		33	2	0

Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)

Der Kreistag des Landkreises Kusel hat in seiner Sitzung am 09.02.2011 dem Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz grundsätzlich zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, mit der Kommunalaufsicht Gespräche zur Vorbereitung des Konsolidierungsvertrags zu führen. Auf Grundlage des anerkannten Kassenkreditbestands zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 82.576.566 € beträgt die auf den Landkreis Kusel entfallende Gesamtleistung des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz über die Laufzeit von 15 Jahren insgesamt 64.624.421 €. Die Jahresleistung beträgt folglich 4.308.295 €, wovon nach Abzug der zwei Drittel Landeszuweisung ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag des Landkreises von 1.436.098 € verbleibt, der durch eigene Konsolidierungsanstrengungen aufgebracht werden soll.

Im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz ist es Aufgabe der teilnehmenden Kommune, konkrete Konsolidierungsmaßnahmen zur Erbringung ihres Drittanteils zu ergreifen. Dies kann durch Einsparungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben, durch Einsparungen im Bereich der Pflichtaufgaben im Wege einer wirtschaftlicheren Aufgabewahrnehmung oder durch Einnahmeverbesserungen erfolgen.

Der Konsolidierungsbeitrag des Landkreises Kusel soll durch folgende Konsolidierungsmaßnahmen realisiert werden:

Anhebung des Kreisumlagehebesatzes 501.947,00 €

Der Kreisumlagehebesatz wurde 2011 auf 38,00 v.H. gegenüber bisher 36,97 v.H. festgesetzt.

Dies ergibt einen Konsolidierungsanteil in Höhe von 501.947 €

Dem liegt folgende Berechnung zugrunde:

Umlageaufkommen vorläufig 2011	48.732.643 €		
Kreisumlageaufkommen 36,97 v.H.	18.017.898 €		
	38,00 v.H.	18.519.845 €	501.947 €

Umorganisation Reinigungsdienst 313.212,73 €

Durch die Neuorganisation des Reinigungsdienstes können folgende Kosten eingespart werden:

Reduzierungen Personalkosten 346.363,62 €

Verwaltungsstellen werden nach dem Ausscheiden der betreffenden Mitarbeiter nicht wiederbesetzt und aus dem Stellenplan gestrichen; dies ergibt einen Konsolidierungsanteil in Höhe von 346.363,62 €

Dienstleistungsvereinbarung mit Jobcenter 170.000,00 €

Eine Dienstleistungsvereinbarung mit dem Jobcenter erbringt einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von

Erhöhung Eigenanteil Schülerbeförderung 36.880,00 €

Der monatliche Eigenanteil zu den Schülerbeförderungskosten wird von 26,00

€ auf 30,00 € erhöht; dies ergibt einen Konsolidierungsanteil in Höhe von

Zusätzliche Mieteinnahmen	112.523,68 €
Mieteinnahmen bei der Wasserburg Reipoltskirchen, der Mensa am Gymnasium Kusel, dem Gebäude Trierer Str. 39 sowie hauptsächlich beim Gebäude Lehnstr. 16 in Kusel (ehemalige Realschule Kusel) ergeben einen Beitrag in Höhe von	
Veränderung Turnus Kreisveranstaltungen	3.333,33 €
Kreisveranstaltungen, wie der Kreisheimattag und der Kreisfeuerwehrtag sollen künftig zusammengelegt und der Turnus verlängert werden; Konsolidierungsbeitrag (auf 15 Jahre verteilt)	
Verkauf Gebäude Fritz-Wunderlich-Str. in Kusel (Villa Bolkenius)	50.000,00 €
Verkaufserlös in Höhe von	
Buchungstätigkeit für Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd	7.500,00 €
Gesamt Konsolidierungsbeitrag	1.541.760,36 €

Der ausgehandelte Vertragsentwurf zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (RLP-RP) war der Beschlussvorlage beigelegt.

Ergänzend zu der Beschlussvorlage erläuterte der Vorsitzende eingehend die Konsolidierungsmaßnahmen im Einzelnen und sprach die Vorteile der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds an. Er erklärte, dass man den Konsolidierungsbeitrag in erster Linie durch Einsparungen und nicht durch die weitere Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes oder der Jagdsteuer erbringen wolle. Hinsichtlich der Erhöhung des Eigenanteils zu den Schülerbeförderungskosten wies er darauf hin, dass diese Maßnahme aufgrund der geplanten Kostenfreiheit bis Klasse 10 ab Beginn des Schuljahres 2012/2013 zeitlich begrenzt sei. Neben dem Konsolidierungsbeitrag müsse man darüber hinaus in den kommenden Jahren Einsparungen im laufenden Haushalt erzielen, da trotz der Leistungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds die Liquiditätsverschuldung insgesamt weiter zunehme. Anschließend ging er auf die allgemeine finanzpolitische Situation ein und bat, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass man gegen den Festsetzungsbescheid über die Schlüsselzuweisung des Jahres 2010 Klage erhoben habe, um Zustimmung zum vorgelegten Konsolidierungsvertrag.

Herr Klaus Müller (SPD) erklärte, dass die Teilnahme am Entschuldungsfonds alternativlos sei und deshalb außer Frage stehe. Er begrüßte, dass der Landkreis nicht den Kreisumlagehebesatz erhöhe und damit letztlich die Ortsgemeinden stärker belaste. Weiterhin sei er froh, dass man nicht der Praxis einiger anderer Kommunen folge und lediglich die Einnahmen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger erhöhe. Gleichzeitig enthalte die Liste der Maßnahmen, durch die der Konsolidierungsbeitrag erzielt werden soll, aber auch einige Vorschläge, die ohne größere Kraftanstrengungen zu realisieren seien. Die SPD-Fraktion werde dem Konsolidierungsvertrag zustimmen.

Für die CDU-Fraktion sprach Herr Xaver Jung. Der Kommunalen Entschuldungsfonds suggeriere zwar von der Begrifflichkeit, dass man entschuldet werde, jedoch würden die Schulden trotz der Leistungen aus dem Entschuldungsfonds weiter steigen. Dennoch bleibe nicht anderes übrig, als dem Entschuldungsfonds beizutreten, wenngleich eigentlich nur ein Drittel tatsächlich vom Land aufgebracht werde. Er begrüßte ebenfalls, dass auf die Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes verzichtet werde und schlug zudem vor, auch die Gewinnabführung aus dem Betrieb von Fotovoltaikanlagen in die künftigen Überlegungen grundsätzlich mit einzubeziehen. Er mahnte, die Lücken, die durch die Reduzierungen der Personalkosten entstehen, nicht durch teure externe Dienstleistungen zu schließen.

Herr Andreas Hartenfels (Bündnis 90/Die Grünen) schloss sich seinen Vorrednern an und erklärte ebenfalls, dass die Teilnahme am Entschuldungsfonds alternativlos sei und schilderte die finanziellen Auswirkungen auf Seiten des Landes. Bei dem Entschuldungsfonds han-

dele es sich jedoch nicht um strukturelle Hilfe. Hier setze er seine Hoffnung vielmehr in die Arbeit der vom Landtag eingesetzten Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“, welche Lösungsmöglichkeiten für die dauerhafte Entschuldung der Kommunen untersucht und der er als Abgeordneter angehört.

Für die FDP-Fraktion nahm Frau Katharina Büdel Stellung und lobte, dass man auf eine Erhöhung der Kreisumlage verzichte. Zwar würden die Leistungen aus dem Entschuldungsfonds Verbesserungen bringen, jedoch kämen die Defizite aus den Folgejahren dann wieder hinzu. Sie forderte deshalb, dass das Land seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkomme und gewährleiste, dass die Kommunen wirtschaftlich arbeiten können. In Anbetracht des finanziellen Drucks stimme man dem Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds zu, zumal man auf die jährliche Landeszuweisung nicht verzichten könne, wengleich es ihr persönlich sehr schwer falle.

Der Sprecher der FWG-Kreistagsfraktion, Herr Hans Harth, erklärte ebenfalls, dass die Teilnahme am Entschuldungsfonds alternativlos sei. Aus der Sicht als Ortsbürgermeister wies er darauf hin, dass man die Investitionskredite bei der Betrachtung nicht vernachlässigen dürfe, die sich bei vielen Ortsgemeinden auf dem gleichen Niveau wie die Kassenkredite bewegen. Mit Blick auf die Demographiekonzeption erklärte er, dass er die Fortführung des Projekts befürworte und Ideen ausreichend vorhanden seien. Jedoch fehle den Gemeinden oftmals dann der finanzielle Handlungsspielraum für die Umsetzung. Bund und Land seien deshalb aufgefordert, die Einnahmesituation der Gemeinden zu verbessern.

Herr Robert Drumm stellte vorweg, dass die Kreistagsfraktion „Die Linke“ der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds nicht zustimmen werde. Man habe kein Ausgabe- sondern ein Einnahmeproblem und forderte an dieser Stelle nochmals, dass Besserverdiener an der Finanzierung der Staatsausgaben und somit der Kommunen, stärker beteiligt werden müssen. Außerdem wehre er sich gegen die als Konsolidierungsmaßnahme vorgesehene Reduzierung der Personalkosten, da diese zum Abbau von Stellen führe. Des Weiteren wolle man keine Verknüpfung zwischen dem Jobcenter und der Kreisverwaltung und auch die Erhöhung der Eigenanteils am Schülertransport um rd. 15 % werde seine Fraktion nicht mittragen.

Anschließend wurde über den Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (RLP-RP), wie von der Verwaltung vorgelegt, zu und beschließt auf der Grundlage des Konsolidierungsvertrags den Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 9	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 32	Dagegen 2	Enthaltung 1

Erhöhung des Eigenanteils an den Schülerbeförderungskosten

Nach § 69 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes soll für Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien ein angemessener Eigenanteil zu den Schülerbeförderungskosten gefordert werden. Gleiches gilt für Schülerinnen und Schüler in den Vollzeitbildungsgängen der Fachschulen, der beruflichen Gymnasien, der Berufsfachschulen, der Fachoberschulen und der Berufsoberschulen.

Über die Höhe des Eigenanteils trifft das Schulgesetz keine Aussage – die Landkreise in Rheinland-Pfalz erheben aktuell einen Eigenanteil zwischen 20,00 € und 36,00 € monatlich.

Im Landkreis Kusel beträgt der Eigenanteil derzeit monatlich 26,00 €. Die letzte Anpassung des Eigenanteils wurde mit der Erhöhung von 21,00 € auf 26,00 € im Februar 2009 umgesetzt.

Mit Blick auf die jährlichen VRN-Tarifsteigerungen um durchschnittlich 3 %, aber auch im Zusammenhang mit dem Entschuldungsfonds und der Verpflichtung zur Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten wird – trotz eventuell bevorstehender Änderung des Schulgesetzes – empfohlen, den Eigenanteil zur Schülerbeförderung anzupassen und ab 01. Januar 2012 auf **30,00 € pro Monat** festzusetzen.

Im laufenden Schuljahr 2011/ 12 wird von 922 Schülerinnen und Schülern der monatliche Eigenanteil in Höhe von 26,00 € erhoben. 408 Schülerinnen und Schüler der grundsätzlich eigenanteilspflichtigen Schulformen sind gegenwärtig von der Zahlung des Eigenanteils befreit (z.B. wegen Unterschreiten der Einkommensgrenze).

Die Eigenanteile werden für 10 Beförderungsmomente pro Schuljahr erhoben. Demnach könnte die Erhöhung der Eigenanteile bezogen auf die derzeitige Schülerzahl zu **Mehreinnahmen von jährlich 36.880,00 €** (922 Schüler x 4,00 € x 10 Monate) führen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Eigenanteile ab 01. Januar 2012 zu erhöhen und in diesem Zusammenhang die Höhe des Eigenanteils in der Satzung des Landkreises Kusel über die Schülerbeförderung – statt wie bisher in der Haushaltssatzung – zu regeln.

Der Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung lag der Beschlussvorlage bei.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 34		
TOP: 10	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 34	Dagegen 0	Enthaltung 0

Entscheidung über die Organisationsform des Jobcenters Landkreis Kusel

Mit der Zweiten Bundesverordnung zur Änderung der Kommunalträger-Zulassungsverordnung, welche zum 01.01.2012 in Kraft tritt, wurde der Landkreis Kusel neben 40 weiteren Städten und Landkreisen unbefristet als neue Optionskommune zugelassen.

Nach rheinland-pfälzischem Recht kann die Optionskommune entweder als Abteilung der Verwaltung oder als sogenannter Eigenbetrieb geführt werden. Der Eigenbetrieb beinhaltet eine gewisse rechtliche Selbständigkeit. Es ist z.B. eine Betriebssatzung zu erlassen und ein Geschäftsführer zu bestellen. Das Personal ist in beiden Fällen dem Landkreis Kusel zugeordnet.

Der Geschäftsführung obliegt die laufende Betriebsführung im Rahmen der Betriebssatzung, die Vertretung des Betriebes nach außen und die Vollziehung von Beschlüssen des Kreistags sowie des Betriebsausschusses. Die Verwaltungsleitung ist gegenüber der Geschäftsleitung weisungsbefugt. Der Kreistag entscheidet über die grundlegenden Fragen des Eigenbetriebes. Im Übrigen ist der Landrat Dienstvorgesetzter der Bediensteten, die beim Eigenbetrieb beschäftigt sind. Vorgesetzter ist der Geschäftsführer.

Die räumliche Organisation soll erhalten bleiben und die zugeordneten Aufgaben, wie bisher, in den drei Standorten Kusel, Waldmohr und Lauterecken erbracht werden.

Die Betriebssatzung und der Wirtschaftsplan sollen in der nächsten Sitzung des Kreistags beschlossen werden.

Der Vorsitzende erklärte, dass er persönlich eigentlich gerne vorgeschlagen hätte, dass für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II eine selbständige Abteilung bei der Kreisverwaltung Kusel eingerichtet werde. Wenngleich dies einige finanzielle Vorteile gehabt hätte, habe insbesondere das Personal des Jobcenters gewisse Vorbehalte gegen diese Organisationsform gehabt. Eine geschlossene Mehrheit für die Entscheidung sei ihm jedoch außerordentlich wichtig. Unabhängig von der Organisationsform wäre das Jobcenter ohnehin weitestgehend wirtschaftlich selbständig geblieben und er schlage deshalb vor, für die Aufgabenwahrnehmung einen Eigenbetrieb zu errichten. Weiterhin erklärte er, dass man neben dem Beirat nach dem SGB II, wie zugesichert, ein Betroffenenbeirat einrichte. In der heutigen Sitzung soll der grundsätzliche Beschluss über die Organisationsform gefasst und in der nächsten Sitzung dann die Betriebssatzung und der Wirtschaftsplan behandelt werden.

Da keine Wortmeldung vorlagen, wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, die Errichtung eines Eigenbetriebs für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 11	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Information über Änderung der Dezernatsverteilung

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende über die geplanten Änderungen der Dezernatsverteilung. Mit der Einrichtung des Eigenbetriebs für das Jobcenter Landkreis Kusel soll Frau Susanne Lenhard als Juristin der Einrichtung zugewiesen und organisatorisch der Stabsstelle zugeordnet werden.

Weiterhin erklärte der Vorsitzende, dass er aufgrund des Wechsels von Frau Lenhard selbst die Dezernatsleitung der Abteilung 3 – Ordnung und Verkehrs – übernehmen werde. Daneben soll der Eigenbetrieb Jobcenter Landkreis Kusel ebenfalls seinem Dezernat zugeordnet werden.

Die Mitglieder des Kreistags nahmen die geplanten Änderungen der Dezernatsverteilung zur Kenntnis.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39
		davon anwesend: 35
TOP: 12	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis
		Dafür Dagegen Enthaltung
		- - -

Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO

Gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO i.V.m. § 57 LKO ist der Kreistag nach den örtlichen Bedürfnissen des Kreises, in der Regel jedoch halbjährlich, während des Haushaltsjahres über den Stand des Haushaltsvollzugs hinsichtlich der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele zu unterrichten.

Ein Vergleich der Haushaltsansätze mit den Daten der Finanzrechnung, die alle Ein- und Auszahlungen enthält, ergibt zum Stand vom 30.09.2011 die folgenden Übersichten:

1. Übersicht über den Gesamtfinanzaushalt bzw. die Gesamtfinzrechnung

Pos.	Bezeichnung	Plan 2011	Ist zum 30.09.2011	Anteil in %
1.	+ Steuern und ähnliche Abgaben	170.000,00 €	19.225,63 €	11%
	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige			
2.	+ Transfereinzahlungen	38.172.000,00 €	24.702.689,11 €	65%
3.	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	27.854.490,00 €	21.889.700,13 €	79%
4.	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.715.820,00 €	1.419.361,37 €	83%
5.	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	481.100,00 €	379.797,19 €	79%
6.	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.137.362,00 €	3.268.933,48 €	46%
	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an			
7.	+ fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- €	- €	
8.	+ andere aktivierte Eigenleistungen	- €	- €	
9.	+ sonstige laufende Einzahlungen	338.100,00 €	282.748,31 €	84%
10.	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 9)	75.868.872,00 €	51.962.455,22 €	68%
11.	- Personalauszahlungen	- 14.690.892,00 €	- 10.126.380,31 €	69%
12.	- Versorgungsauszahlungen	- 1.031.247,00 €	- 739.396,92 €	72%
13.	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	- 11.006.046,00 €	- 7.167.000,43 €	65%
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaus-			
14.	- zahlungen	- 2.282.460,00 €	- 1.485.762,93 €	65%
15.	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	- 55.829.300,00 €	- 39.291.004,29 €	70%
16.	- sonstige laufende Auszahlungen	- 3.688.767,00 €	- 2.311.537,51 €	63%
17.	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 bis 16)	- 88.528.712,00 €	- 61.121.082,39 €	69%
	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus			
	Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10			
18.	= und 17)	- 12.659.840,00 €	- 9.158.627,17 €	72%
19.	+ Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	516.150,00 €	522.466,84 €	101%
20.	- Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	- 2.708.000,00 €	- 837.990,47 €	31%
	Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein-			
	und -auszahlungen (Saldo der Nummern 19 und			
21.	= 20)	- 2.191.850,00 €	- 315.523,63 €	14%
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen			
22.	= (Saldo der Summen 18 und 21)	- 14.851.690,00 €	- 9.474.150,80 €	64%
23.	+ außerordentliche Einzahlungen	- €	- €	
24.	- außerordentliche Auszahlungen	- €	- €	

25.	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo Nummern 23 und 24)	- €	- €	
26.	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Summe 22 und 25)	- 14.851.690,00 €	- 9.474.150,80 €	64%
Pos.	Bezeichnung	Plan 2011	Ist zum 30.09.2011	Anteil in %
27.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.635.310,00 €	970.141,40 €	37%
28.	+ Einz. aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	- €	- €	
29.	+ Einz. für immaterielle Vermögensgegenstände	- €	- €	
30.	+ Einzahlung für Sachanlagen	500,00 €	4.566,50 €	913%
31.	+ Einzahlungen für Finanzanlagen	- €	- €	
32.	+ Einz. aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgew.	- €	- €	
33.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	- €	- €	
34.	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	- €	- €	
35.	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe 27 bis 34)	2.635.810,00 €	974.707,90 €	37%
36.	- Ausz. für immaterielle Vermögensgegenstände	- 722.450,00 €	- 247.733,26 €	34%
37.	- Auszahlungen für Sachanlagen	- 3.968.300,00 €	- 2.449.630,56 €	62%
38.	- Auszahlungen für Finanzanlagen	- €	- €	
39.	- Ausz. für sonstige Ausleihungen und Kreditgew.	- €	- €	
40.	- Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten	- €	- €	
41.	- Sonstige Investitionsauszahlungen	- €	- €	
42.	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten (Summe 36 bis 41)	- 4.690.750,00 €	- 2.697.363,82 €	58%
43.	Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 35 und 42)	- 2.054.940,00 €	- 1.722.655,92 €	84%
44.	Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag (Summe 26 und 43)	- 16.906.630,00 €	- 11.196.806,72 €	66%
45.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	2.054.940,00 €	- €	0%
46.	- Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	- 2.239.043,00 €	- 1.114.184,74 €	50%
47.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten (Saldo der Nummern 45 und 46)	- 184.103,00 €	- 1.114.184,74 €	605%
48.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	17.028.163,00 €	23.016.200,00 €	135%
49.	Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	- €	- 12.000.000,00 €	
50.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	17.028.163,00 €	11.016.200,00 €	65%
51.	+ Abnahme der liquiden Mittel	- €	- 534.789,79 €	
52.	- Zunahme der liquiden Mittel	62.570,00 €	510.381,04 €	816%
53.	Veränderung der liquiden Mittel (Saldo der Nummern 51 und 52)	62.570,00 €	- 24.408,75 €	-39%
54.	Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 47, 50 und 53)	16.906.630,00 €	9.877.606,51 €	58%
55.	+ Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	- €	1.621.545,52 €	
56.	- Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	- €	1.891.219,74 €	

2. Übersicht über den Auszahlungsstand der „größten“ Investitionsmaßnahmen

Vj.	Haushaltsplan 2011	Finanzr. 30.09.2011	Anteil in %	davon aus Ermächtigung
Ausbau von Kreisstraßen	1.725.000	758.023,56	43,94	703.222,98
Neubau Freisportanlage Gymnasium Kusel	540.000	550.638,14	101,97	67.454,48

Neubau Mensa IGS Süd Schöenberg-Kbg.	500.000	64.088,46	12,82	0
Umbau Jakob-Muth-Schule G	0	150.776,36		150.776,36
Tierheim	0	181.525,44		181.525,44
Sanitärgebäude Bambergerhof	50.000	180.621,40	361,24	180.621,14

Der Vorsitzende gab noch einige kurze Erläuterungen zu der Übersicht. Die Mitglieder des Kreistags nahmen die Informationen über den Stand des Haushaltsvollzugs zur Kenntnis.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39 davon anwesend: 35
TOP: 13	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis
		Dafür Dagegen Enthaltung
		- - -

Anfragen von Fraktionen des Kreistages

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag eine Anfrage der Kreistagsfraktion „Die Linke“ sowie eine Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vor. Die Anfrage der Fraktion „Die Linke“ zum Thema „**Einkaufszentrum Homburg**“ beantwortete der Vorsitzende in der Sitzung inhaltlich im Wesentlichen wie folgt:

Wurde der Landkreis Kusel von der Stadt Homburg über das Vorhaben informiert?

Nein.

Wenn ja, welche Auswirkungen sieht die Kreisverwaltung für den Landkreis Kusel?

Zwar wurde der Landkreis nicht über das Vorhaben informiert, jedoch wird durch das Einkaufszentrum Kaufkraft aus dem Landkreis Kusel abfließen.

Ist bekannt, wie viel Kaufkraft aus dem Kreis Kusel nach Homburg fließt?

In welchem Maße Kaufkraft abfließt ist nicht bekannt.

Welche Möglichkeiten hat der Landkreis Kusel noch, auf die Planung der Einkaufsgalerie Einfluss zu nehmen?

Das saarländische Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr führt als Landesplanungsbehörde für das Vorhaben kein Raumordnungsverfahren durch. Dementsprechend erfolgt auch keine Beteiligung der von der Maßnahme oder Planung berührten Stellen.

Zur Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion zur **Teilnahme am LEADER-Programm** beantwortete er sinngemäß wie folgt:

Wie viele und welche Projekte wurden im Rahmen dieses LEADER-Programms im Landkreis umgesetzt?

Welche Projekte sind z.Zt. in der Umsetzung oder in der Planung oder noch auf der Vorschlagsliste?

Bisher wurden 11 Projekte im Rahmen des LEADER-Programmes abgeschlossen, 6 weitere befinden sich derzeit in Umsetzung und 2 weitere Projekte sind derzeit in Vorbereitung. Bis zum Ende der EU-Förderperiode 2012 können noch jederzeit Projekte eingereicht werden.

Wie oft hat das Gremium, das das Programm begleitet seit Beginn getagt, wie oft in diesem Jahr?

Die lokale Aktionsgruppe hat seit Beginn 12 mal getagt. In diesem Jahr fanden zwei Sitzungen statt.

Seit wann genau nimmt unser Landkreis an dem Programm teil und wie lange noch?

LEADER ist Teil des rheinland-pfälzischen Förderprogrammes PAUL (Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landesentwicklung) in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013.

Kreistags-Sitzung am 26.10.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 14	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Informationen

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreistages über folgende Themen:

- **Regionales BürgerForum Landkreis Kusel**

Hierzu informierte der Vorsitzende, dass man nach Abschluss der Projektauswertung das BürgerForum fortsetzen wolle. Die Auftaktveranstaltung ist am Freitag, dem 25.11.2011, um 17.30 Uhr, in der Aula Lehnstraße 16 in Kusel geplant. Auf Anfrage von Herrn Detlef Bojak (SPD) erklärte Frau Ulrike Nagel, Organisatorin des BürgerForum Kusel, dass das Bürgerprogramm, welches die Ergebnisse der Diskussion zusammenfasse, vorliege und für alle Interessierten zur Verfügung stehe.

- **Homepage des Landkreises Kusel**

Weiterhin wies er darauf hin, dass, wie in der vorangegangenen Sitzung auf Antrag der Kreistagsfraktion „Die Linke“ beschlossen, die Übersicht der Kreistagsmitglieder auf der Homepage des Landkreises Kusel veröffentlicht sei.

- **Leitfaden „Erneuerbar Komm!“**

Außerdem sei den Mitgliedern des Kreistags ein Leitfaden des Forschungsprojekts der FH Frankfurt am Main „Erneuerbar Komm!“ ausgeteilt. Dieser Leitfaden zeige Kommunen, wie das Potenzial für Erneuerbare Energien ermittelt werden kann.

- **Generalsanierung Gymnasium Kusel**

Nach der abgeschlossenen Generalsanierung des Gymnasiums Kusel sei geprüft worden, in welcher Größenordnung Heizkosteneinsparungen eingetreten seien. Danach sei der jährliche Wärmeverbrauch nach der Generalsanierung um rund 70 % gesunken. Dies bedeute derzeit eine Einsparung in Höhe von rd. 37.500,- Euro.

- **Modellvorhaben LandZukunft**

Schließlich informierte er über die Konzeption des Modellvorhabens LandZukunft, für das der Landkreis Kusel vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz neben 16 weiteren Kreisregionen für die Start- und Qualifizierungsphase ausgewählt worden sei. Weiterhin ging er kurz auf die geforderte Zusammensetzung des Netzwerks an, welches konkrete Ziele für das Modellvorhaben erarbeiten soll. Wie bereits erwähnt, könne man möglicherweise die Umnutzung des Areals des Bundeswehrstandorts Kusel in das Projekt mit einbringen, wobei dies keinen Ersatz für Konversionsmittel bedeuten dürfe.

- **Haushalt 2012**

Schließlich kündigte er an, dass die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2012 im Januar/Februar 2012 im Kreistag behandelt werden sollen.

Anschließend beantwortete der Vorsitzende noch kurz einige Fragen von Kreistagsmitgliedern. Die Mitglieder des Kreistags nahmen die Informationen des Vorsitzenden zur Kenntnis. Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgetragene Informationen wurden seitens der Mitglieder des Kreistags nicht erhoben.

Die Sitzung begann um 16:00 Uhr und endete gegen 17:45 Uhr.

Geschlossen:

Der Vorsitzende:

gez.
(Dr. Winfried Hirschberger)
Landrat

Der Schriftführer:

gez.
(Manfred Drumm)
Kreisverwaltungsoberrat